

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 7. März 1990

am Donnerstag, dem 8. März 1990

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	3, 44	Dr. Kübler (SPD)	5, 10
Austermann (CDU/CSU)	32	Kühbacher (SPD)	6, 7
Dr. Böhme (Unna) (SPD)	18, 19	Kuhlwein (SPD)	40, 41
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	34, 35	Dr. Müller (CDU/CSU)	30, 31
Eigen (CDU/CSU)	1, 2	Frau Odendahl (SPD)	38, 39
Dr. Emmerlich (SPD)	26, 27	Rixe (SPD)	16, 17
Hinsken (CDU/CSU)	4	Frau Schulte (Hameln) (SPD)	8, 9
Dr. Hirsch (FDP)	24, 25	Sielaff (SPD)	13, 14
Graf Huyn (CDU/CSU)	36, 37	Stiegler (SPD)	23, 33
Jäger (CDU/CSU)	29, 43	Frau Weyel (SPD)	11, 12
Jungmann (Wittmoldt) (SPD)	21, 22	Wüppesahl (fraktionslos)	15, 28
Kastning (SPD)	20, 42		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . . .	5
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . .	9

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland große Sorgen um die Zulassung bzw. Verlängerung der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln hat, die im Frühjahr, d. h. jetzt dringend benötigt werden, und was wird sie tun, um die Zulassung bzw. Verlängerung der Zulassung zu beschleunigen?

2. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung klar, daß sich hier eine riesige Wettbewerbsverzerrung gegenüber den Landwirten in anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft auftut, die solche Probleme nicht haben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

3. Abgeordneter
Amling
(SPD) Ist es zutreffend, daß die in der Antwort der Bundesregierung auf meine im Februar eingereichten Fragen 28 und 29 (Drucksache 11/6526) genannten „Spender“ von „Hilfsgütern“ für den Demokratischen Aufbruch zu dieser Hilfsaktion vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung aufgefordert bzw. um diese Spenden gebeten worden waren, und welche vier Geräte hat das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung dazu unentgeltlich beigesteuert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

4. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung finanzielle Umschichtungen zugunsten des Ausbaus von Fernstraßen in der DDR vorzunehmen, und wenn ja, wie sollen, was Aufträge anbelangt, die mittelständischen Interessen kleinerer und mittlerer Unternehmungen berücksichtigt werden, die nicht in der Lage sind, in großen Entfernungen Großbauprojekte durchzuführen?

5. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Werden die Spezialwaggons, in denen abgebrannte Brennelemente zur französischen Wiederaufbereitungsfirma COGEMA in La Hague durch die Bundesbahntochter NCS (Nuclear Cargo Service) transportiert werden, an reguläre Güterzüge der Deutschen Bundesbahn angekoppelt, und gibt es eine Kontrolle über die Strahlenbelastung der Bahnbediensteten dieser Transporte sowie eine Katastrophenschutzplanung von NCS für den Fall von Transportunfällen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

6. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD)
- Wer trägt innerhalb der Bundesregierung die Verantwortung dafür, daß die Frage nach Schadensersatzpflicht, die sich durch den Zusammenstoß eines TORNADOS des Jagdbombergeschwaders 32 mit einem Ultra-Leichtflugzeug über dem Flugplatz Eggenfelden im Juli 1988 ergibt, noch nicht geklärt ist?
7. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, in welcher finanziellen Situation sich die Familie des getöteten Flugzeugführers des Ultra-Leichtflugzeuges befindet und wer für ihren Unterhalt aufkommt?
8. Abgeordnete
Frau Schulte (Hameln)
(SPD)
- Wie kann das Bundesministerium der Verteidigung vom Land Niedersachsen Beseitigung von Altlasten auf dem Truppenübungsplatz Munster-Nord erwarten, wenn aus dem Bericht des Ministeriums vom 6. Februar 1990 klar hervorgeht, daß der Truppenübungsplatz durch Kampfstoffe und Kampfstoffmunition aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg belastet wurde?
9. Abgeordnete
Frau Schulte (Hameln)
(SPD)
- Welche Ergebnisse haben die vorliegenden Bodenproben ergeben, wonach am 7. Februar 1990 entschieden werden sollte, ob eine Gesamt-sanierung des Platzes notwendig wird?
10. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Bundeswehr zur Beseitigung der katastrophalen, einer Umweltkatastrophe gleichkommenden Orkanshäden in Wäldern in der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen, da bei den Forstverwaltungen das Personal zur umgehenden Beseitigung der Schäden bei weitem nicht ausreicht und somit die für die ökologische Gesundung der Wälder wichtigen Frühjahrspflanzungen nicht durchgeführt werden können und damit die Bekämpfung der Waldschäden nachhaltig unterbrochen wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

11. Abgeordnete
**Frau
Weyel**
(SPD)
- Ist auf Grund der Ermächtigung in § 71 a der 6. Änderung des Weingesetzes die Anpassung an Änderungen des bereits geltenden Gemeinschaftsrechts durch Rechtsverordnung vorgenommen worden, insbesondere die von der Bundesregierung vorgeschlagenen notwendigen Zahlenänderungen, die durch Änderungen bei den EWG-Verordnungen bedingt sind?
12. Abgeordnete
**Frau
Weyel**
(SPD)
- Treffen Berichte zu, daß Straftaten bzw. Ordnungswidrigkeiten im Sinne des Gemeinschaftsrechts in der Bundesrepublik Deutschland nicht verurteilt werden können, weil entsprechende Anpassungen an das Gemeinschaftsrecht entsprechend § 71 a des Weingesetzes bislang versäumt wurden?
13. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Vorsorge getroffen, daß die Anpassung an Änderungen des Gemeinschaftsrechts gemäß § 71 a des Weingesetzes jeweils unverzüglich durch Rechtsverordnungen vorgenommen wird, da nach Artikel 189 des EWG-Vertrages Verordnungen der Weinmarktorganisation unmittelbar gelten und nationales Recht mit ihrem Inkrafttreten unanwendbar wird?
14. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Welchen Zeitraum sieht die Bundesregierung als angemessen an, um die Anpassung zu veranlassen, damit die Rechtssicherheit im Weinrecht gewährleistet ist?
15. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Welchen pädagogischen und sozialen Status räumt die Bundesregierung der Errichtung, Förderung und dem Betrieb Integrativer Kindergärten – Leben und Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern – zu, und welche Überlegungen stellt sie darüber an, sich an dem Finanzierungsproblem über Artikel 106 GG zu beteiligen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

16. Abgeordneter
Rixe
(SPD)
- Welche Rolle und Bedeutung mißt die Bundesregierung der allgemeinen und der beruflichen Weiterbildung von Bürgerinnen und Bürgern der DDR für die nötige Gesellschafts-, Wirtschafts-

- und Bildungsreform in der DDR und zur Reduzierung des Übersiedlerstroms in die Bundesrepublik Deutschland zu?
17. Abgeordneter
Rixe
(SPD)
- Wird die Bundesregierung sofort über den Nachtragshaushalt 1990 eine Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung in der DDR finanziell unterstützen, damit entstandene Defizite im Bildungsbereich vor allem in Wirtschafts-, Geistes-, Sozial- und Gesellschaftswissenschaften schnell aufgeholt werden können?
18. Abgeordneter
Dr. Böhme
(Unna)
(SPD)
- Auf welche Weise kann in der DDR in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung über das Ausbildungsförderungsgesetz berufliche Qualifizierung einschließlich der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen und gesellschaftspolitischen Kenntnissen finanziert werden, z. B. durch Finanzierung der Ausbildung von DDR-Ausbilderinnen und -Ausbildern in der Bundesrepublik Deutschland oder durch Finanzierung von Teilnehmer-Austausch?
19. Abgeordneter
Dr. Böhme
(Unna)
(SPD)
- Wie kann die entsprechende Unterstützung, die z. B. die Volkshochschulen der DDR von ihren Partnern Volkshochschulen und von den Volkshochschul-Landesverbänden in der Bundesrepublik Deutschland erhoffen, von der Bundesregierung im Rahmen ihrer deutschlandpolitischen Verantwortung gefördert werden?
20. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- In welcher Weise plant die Bundesregierung, im Rahmen der jetzigen deutschlandpolitischen Aufgaben die Hochschulen in den Aufbau und Ausbau von Weiterbildungs- und Qualifizierungsstrukturen einzubeziehen, und unter welchen Bedingungen werden Mittel für den Austausch von Lehrenden und Studierenden, für die Entsendung von Gastdozenten, für die Ausstattung mit Büchern und Geräten für diese Aufgaben zur Verfügung gestellt?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

21. Abgeordneter
Jungmann
(Wittmoldt)
(SPD)
- Wie hoch sind die Gesamtkosten für die 100 000 in Zusammenarbeit zwischen Bundespresseamt und Bertelsmann produzierten Schallplatten und Kassetten mit Reden des Bundeskanzlers („... was die geschichtliche Stunde jetzt möglich macht“), und welcher Anteil entfällt davon auf den Haushalt des Bundespresseamtes?

22. Abgeordneter
Jungmann
(Wittmoldt)
(SPD)
- Trifft es zu, daß je 5 000 dieser Schallplatten und Kassetten anlässlich des Auftritts von Bundeskanzler Kohl auf einer Wahlkampfveranstaltung der „Demokratischen Allianz“ am 20. Februar 1990 in Erfurt verteilt wurden, und wenn ja, wer hat sie dorthin transportiert bzw. kommt für die Transportkosten auf?
23. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie ist der Stand der Verhandlungen der Bundesregierung mit den Vertragspartnern des Schengener Abkommens über den Verzicht auf Sichtvermerke gegenüber der Tschechoslowakei, Ungarn und DDR-Bürgern, die sich mit DDR-Papieren ausweisen, und bis wann ist ein Ergebnis dieser Konsultationen abzusehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

24. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Wie viele Personendatensätze deutscher Staatsangehöriger sind in den Dateien des Bundesamtes für Verfassungsschutz erfaßt?
25. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Was steht der Veröffentlichung solcher Gesamtdaten entgegen, zumal der DDR-Ministerrat sogar für den inzwischen aufgelösten Staatssicherheitsdienst der DDR mitgeteilt hat, daß dieser von insgesamt 16 Millionen DDR-Bürgern 6 Millionen in seinen Akten und Dateien erfaßt hatte?
26. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Versicherungsdetektiv Mauss in den mit ihm vom Bundeskriminalamt (BKA) getroffenen Vereinbarungen als vertraglicher, nicht beamteter Mitarbeiter des BKA bezeichnet und vom BKA und anderen Polizeibehörden als solcher zu Zwecken der Strafverfolgung eingesetzt worden ist?
27. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Hält die Bundesregierung gleichwohl an ihrer auf meine früheren Fragen geäußerten Auffassung fest, daß dem Versicherungsdetektiv Mauss gleichwohl nicht die Durchführung von Ermittlungstätigkeiten bei der Strafverfolgung übertragen worden ist?

28. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Grenzschutzabteilung Küste 3 in der Zeit vom 19. März 1990 bis zum 23. März 1990 auf dem Truppenübungsplatz Ehra-Lessien Übungen im Gruppen- und Zuggefechtsschießen mit 2 cm-Kanonen, Maschinengewehren, Schnellfeuergewehren und Handgranaten abhält, und wie bewertet sie diese Tatsachen angesichts der demokratischen Entwicklung in der DDR – die Übungen beginnen einen Tag nach den vorgesehenen Wahlen zur DDR-Volkskammer – unter dem Aspekt der Bildung gegenseitigen Vertrauens, der nach Maßgaben früheren Sicherheitsdenkens nicht mehr gegebenen Notwendigkeit der militärischen Grenzsicherung und des erheblichen Kostenaufwandes dieser Übung?
29. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Welche verfassungskonformen Gesetzentwürfe sind bisher seitens der saarländischen Landesregierung im Bundesrat zur wirksamen Eindämmung des Zustroms von deutschen Landsleuten aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland eingebracht worden, und wie bewertet die Bundesregierung gegebenenfalls diese Gesetzentwürfe?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

30. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die von einer Bremer Initiative geforderte Zahlung von 727 Milliarden DM als Ausgleich für DDR-Reparationszahlungen für berechtigt?
31. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Hat die Unterstützung der Forderung der Bremer Initiative durch fünf Senatoren des Landes Bremen Einfluß auf die Meinungsbildung der Bundesregierung?
32. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- In welcher Weise wirkt sich die dritte Stufe der Steuerreform auf das Einkommen eines in Schichtarbeit beschäftigten Druckers in der Druckindustrie anhand von konkreten Beispielen (z. B. Verheiratete mit zwei Kindern) aus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

33. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige Situation des bayerischen Grenzlandes (Zonenrandgebiet entlang der deutsch-tschechoslowakischen Grenze) im Verhältnis zur Entwicklung im Zonenrandgebiet entlang der Grenze zur DDR, und was wird sie unternehmen, um die relative Verschlechterung der Situation des bayerischen Grenzlandes im Rahmen der Zonenrandförderung und der Regionalförderung auszugleichen?
34. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die britische Industriestudie, der zufolge der Atomstrom in Großbritannien dreimal so teuer ist wie die Gewinnung aus Kohle oder Erdgas (vgl. DER SPIEGEL 2/1990), und ist der Bundesregierung bekannt, daß eine deutsche Firma ein GUD-Kraftwerk für 600 Millionen DM bei einer Leistung von 900 MW an Großbritannien liefern will und somit auch in der Bundesrepublik Deutschland aus rein wirtschaftlichen Gründen Atomkraftwerke als schlechtere Alternative zu sehen sind?
35. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Welche Inseln in Dänemark sind der Bundesregierung bekannt, die über 25% des verbrauchten Stromes aus der Windenergie (insbesondere unter Berücksichtigung der Eigenstromerzeugung) herstellen, und welche Zielsetzungen aus Dänemark sind der Bundesregierung bekannt, bzw. welche Zielsetzungen hält sie in der Bundesrepublik Deutschland für relevant, Strom durch Windenergie herzustellen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für innerdeutsche Beziehungen**

36. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)
- Welche Leistungen erbringt die Regierung der DDR mittelbar oder unmittelbar an den Warschauer Pakt sowie für die Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR?
37. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)
- Schließt die Bundesregierung aus, daß derartige Leistungen in welcher Form auch immer im Falle einer Währungsunion in konvertibler harter DM erbracht werden?

38. Abgeordnete
**Frau
Odendahl**
(SPD)
- Welche Mittel stellt die Bundesregierung den Trägerorganisationen in der Weiterbildung und Erwachsenenbildung, wie dem Deutschen Volkshochschulverband, Arbeit und Leben oder kirchlichen Einrichtungen, zur Verfügung, damit diese Organisationen im Rahmen der deutschlandpolitischen Aufgaben mit Weiterbildungseinrichtungen in der DDR zusammenarbeiten können, ihnen Lehr- und Lernmittel zur Verfügung stellen, Dozenten zur Unterstützung entsenden und DDR-Dozenten zu Fortbildungsveranstaltungen einladen können, und ist eine Aufstockung solcher Mittel für diese Aufgabe im Nachtragshaushalt 1990 vorgesehen?
39. Abgeordnete
**Frau
Odendahl**
(SPD)
- Wird politische Bildungsarbeit der anerkannten Trägerorganisationen für Bürger der DDR in der Bundesrepublik Deutschland oder in der DDR finanziell durch die Bundesregierung unterstützt, und werden diese Mittel über den Nachtragshaushalt 1990 entsprechend der deutschlandpolitischen Aufgaben erhöht?
40. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- In welchem Umfang besteht die Möglichkeit, Mittel des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen umzuschichten, die vorrangig Vertriebenenverbänden zur Verfügung gestellt werden, angesichts der neuen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufgaben der innerdeutschen Kooperation (z. B. heute noch eingesetzte Mittel für den Besuch der Mauer)?
41. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, umgeschichtete Mittel sofort für die Reorganisation, die Umstrukturierung oder den Aufbau von Weiterbildungsstrukturen in der DDR zur Verfügung zu stellen?
42. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Welche Finanzmittel werden Trägern der Erwachsenenbildung und der Weiterbildung in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung gestellt, damit sie ihre Seminare, Lehrgänge und Veranstaltungen auch für Bürger der DDR öffnen bzw. in der DDR durchführen können und nicht auf die Arbeit mit Aussiedlern und Übersiedlern in der Bundesrepublik Deutschland eingeschränkt werden, und sieht der Nachtragshaushalt dafür Mittel vor?
43. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß in dem berüchtigten DDR-Zuchthaus Bautzen immer noch Häftlinge einsitzen, die auf Grund des politischen Strafrechts des DDR-Strafgesetzbuches verurteilt oder inhaftiert worden sind, und was wird die Bundesregierung bejahendenfalls unternehmen, um zu erreichen, daß diese Häftlinge unverzüglich auf freien Fuß gesetzt werden?

44. Abgeordneter
Amling
(SPD)

Welche sonstigen Bundesministerien bzw. obersten Bundesbehörden haben an welche politischen Maßnahmen und Gruppierungen in der DDR welche Sachspenden oder sonstige Zuwendungen gewährt?

Bonn, den 2. März 1990

